

Einleitung

Mitte 2015 erschien im Verlag Bertz + Fischer das Buch *Mit Podemos zur demokratischen Revolution? Krise und Aufbruch in Spanien*. Es war der Versuch, die gesellschaftliche Situation in Spanien nach jener Welle von Sozialprotesten, die das Land seit 2011 erschüttert hatten, zu analysieren, die Gründe der spanischen Krise herauszuarbeiten und die Perspektiven für einen grundlegenden Wandel zu diskutieren. 2016 folgte eine erweiterte und aktualisierte Fassung auf Spanisch unter dem Titel *Continuidad o ruptura* im Madrider Verlag Capitán Swing. Die Veröffentlichung erlaubte mir, meine Thesen zur jüngeren Geschichte Spaniens direkt mit den Akteuren aus sozialen Bewegungen, neuen Stadtverwaltungen und Parteien zu diskutieren und zu überprüfen. Seit der Eskalation des katalanischen Konflikts ab 2016 habe ich mich dann zwei Jahre lang schwerpunktmäßig mit der Situation in Katalonien beschäftigt, zahlreiche Interviews geführt und Hintergrundberichte unter anderem für den WDR produziert.

Aus diesem Work in progress ist nun das vorliegende Buch *Spanien – Eine politische Geschichte der Gegenwart* entstanden. Das einführende historische und ökonomische Kapitel der Publikation von 2015 wurde für die Neufassung überarbeitet, ansonsten aber der Blick noch einmal deutlich erweitert. Es ist nach wie vor ein zentrales Anliegen des Buches, die große Erzählung von der modellhaften Demokratisierung Spaniens nach dem Tod Francos 1975 – wie sie auch von kritischen Historiker/innen wie Walther Bernecker¹ verbreitet worden ist – infrage zu stellen und das damals etablierte soziale und territoriale Modell kritisch zu beleuchten. Neu dazu gekommen ist in den hinteren Kapiteln eine intensive Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Akteuren, die seit 2011 versucht haben, den Status quo herauszufordern und einen politischen Wandel zu erzwingen. Über die

15M-Bewegung, die 2011 die Plätze der Großstädte besetzte, ist schon in dem Buch *Mit Podemos zur demokratischen Revolution?* einiges zu lesen gewesen. Sehr viel ausführlicher ist nun hingegen die Auseinandersetzung mit der 2014 gegründeten Partei Podemos, den linken Bürgerlisten, die 2015 viele Rathäuser in Spanien eroberten, sowie den Unabhängigkeitsbewegungen Kataloniens und des Baskenlandes.

Aufgrund der Tatsache, dass sich diese Bewegungen und Organisationen seit 2015 stark verändert haben oder weitgehend verschwunden sind, lassen sich unterschiedliche politische Strategien an ihnen exemplarisch diskutieren. Mein Blick in den hinteren Kapiteln ist in diesem Sinne auch stark von der Fragestellung bestimmt, mit welchen Mitteln sich soziale und ökonomische Veränderungen in einem Land der EU durchsetzen lassen. Dabei beschäftige ich mich auch deshalb so intensiv mit einzelnen Bewegungen und Organisationen, die nur eine lokal begrenzte Rolle spielen und in einigen Jahren möglicherweise gar nicht mehr existieren werden, weil manche dieser Akteure – die offenen kommunalen Listen wie Barcelona en Comú, die 15M-Bewegung oder Podemos – vielen Menschen in Europa zumindest zeitweise als Vorbild für neue Formen der Politik galten. Das vorliegende Buch will die Entwicklung dieser Akteure verständlich machen.

Doch bevor man diese Debatte führen kann, gilt es, die enormen politischen und gesellschaftlichen Widersprüche in Spanien zur Kenntnis zu nehmen. Denn obwohl Millionen Deutsche ihren Urlaub jährlich im Land verbringen und Hunderttausende sogar dort wohnen, wissen die meisten erstaunlich wenig über die jüngere Geschichte des südeuropäischen Nachbarn. Jeder kann die Probe anstellen: Wer hat schon einmal davon gehört, dass der langjährige sozialdemokratische Regierungschef Felipe González in den 1980er Jahren rechtsextreme Todesschwadronen aufbauen ließ, die dreißig Menschen in Frankreich ermordeten? Dass 2003 eine linksalternative Tageszeitung aus dem nordspanischen San Sebastián ohne Gerichtsurteil geschlossen, der Chefredakteur verhaftet und von Polizisten mehrere Tage lang auf der Wache gefoltert wurde? Dass dieser Fall zwar zu einer Verurteilung Spaniens durch den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte führte, von der spanischen Justiz aber trotzdem nicht weiter verfolgt wurde? Oder dies: Wussten Sie,

dass der 1940 von den Faschisten hingerichtete katalanische Ministerpräsident Lluís Companys bis heute nicht rehabilitiert ist, weil die spanischen Konservativen dies in Madrid im Parlament verhindern? Dass im Zuge der Terrorismusbekämpfung seit 1998 Hunderte Personen ausschließlich wegen politischer oder journalistischer Tätigkeiten zu teilweise langjährigen Haftstrafen verurteilt wurden (eröffnet wurden die Prozesse übrigens paradoxerweise vom Richter Baltasar Garzón, der sich international als Verteidiger der Menschenrechte in Lateinamerika einen Namen gemacht hat), gleichzeitig jedoch der spanische Staat eine Stiftung namens Francisco Franco finanziert, die das Andenken an den Diktator pflegt?

Diese Liste lässt sich fast beliebig fortsetzen: 2013 erließ ein argentinisches Gericht Haftbefehl gegen den spanischen Polizisten Antonio González Pacheco, der in den 1970er Jahren, also bereits unter einer demokratischen Regierung, als Inspektor des Cuerpo Superior de Policía Folterungen angeordnet und durchgeführt hatte. Das Verfahren war in Argentinien eröffnet worden, weil es kein europäisches Gericht gibt, das die Verbrechen spanischer Sicherheitskräfte zu untersuchen bereit ist. Doch es kommt noch bizarrer: Der spanische Staat verhinderte nicht nur die Auslieferung des Polizisten Pacheco, sondern auch die Ausreise eines Belastungszeugen. Als das argentinische Gericht José María Gorroño, den Bürgermeister der baskischen Kleinstadt Guernica, vorlud, untersagte die Audiencia Nacional, der Gerichtshof für politische Verfahren, dem bürgerlichen Politiker die Ausreise.

Bemerkenswert ist auch diese Geschichte: Nach dem Tod der Cayetana Fitz-James Stewart, Herzogin von Alba und sieben weiteren Herzogtümern, fünfzehnfache Markgräfin und einundzwanzigfache Gräfin, widmete die Tageszeitung *El País*, die den meisten europäischen Korrespondenten nach wie vor als linksliberal gilt, der Adelligen einen fast hymnischen Nachruf, in dem die Verstorbene als Kunstliebhaberin und »freie und mutige Frau« gefeiert wurde. Dass sich Fitz-James Stewart ihren mondänen Lebensstil mit Großgrundbesitz finanzierte, blieb ebenso unerwähnt wie die Lebenswirklichkeit der andalusischen Tagelöhner auf den 34.000 Hektar großen Besitzungen der Herzogin. Verfasst hatte den Nachruf übrigens Alfonso Guerra, der langjährige Vizepräsident der sozialdemokratischen PSOE.

Europa und auch die spanische Gesellschaft selbst verdrängen all dies und vieles andere mehr: dass in Spanien anders als in Argentinien oder Südafrika kein einziger Militär wegen der Verbrechen der Diktatur vor Gericht gestellt wurde. Dass die Franquisten in Armee, Politik und Wirtschaft nach 1975 noch weniger belästigt wurden als die Nazis in den 1950er Jahren in Deutschland. Dass der feudale Großgrundbesitz in Spanien genauso unangetastet geblieben ist wie die Macht des reaktionären Opus-Dei-Ordens. Und schließlich auch, dass mehrere Tausend spanische Bürger/innen seit 1977 Opfer von Folterungen durch die Guardia Civil geworden sind.

Spaniens politische Krise nach 2008 hatte also längst nicht nur mit dem Platzen der Immobilienblase, einer Arbeitslosenquote von zeitweise über 25 Prozent und steigenden Staatsschulden zu tun. Sie hatte auch eine historische und territoriale Dimension. Der spanische Staat leidet unter dem franquistischen Erbe und den damit verknüpften ungelösten Konflikten mit den anderen Nationen im Staat: Katalan/innen, Bask/innen und Galicier/innen. Das Anliegen dieses Buches ist es, die weniger bekannten, blinden Flecke der jüngeren Geschichte zu beleuchten. Es geht um die Herausbildung der »ökonomischen Monokulturen« – Tourismus und Immobiliensektor – und den Zusammenhang zwischen dem Immobilienboom und der pandemischen Ausbreitung der Korruption in den beiden großen Staatsparteien PP und PSOE. Ich diskutiere die Kontinuität der franquistischen Machteliten im Staatsapparat, das Legitimationsdefizit der Verfassung von 1978 und den meiner Einschätzung nach fatalen Autoritarismus, mit dem der Zentralstaat den Forderungen der anderen Nationen immer wieder begegnet ist. Auf Grundlage dieser Analysen untersuche ich schließlich, wie oben bereits erwähnt, die politischen Akteure, die in den letzten Jahren angetreten sind, an diesem Zustand Spaniens etwas Grundlegendes zu ändern. Dabei widme ich der Entfaltung der Unabhängigkeitsbewegung in Katalonien und dem Baskenland großen Raum, da sie meiner Ansicht nach in der europäischen Debatte in der Regel völlig falsch interpretiert werden. Meine These ist, dass es sich bei diesen Bewegungen um zentrale Motoren für demokratische Reformen und die Aufarbeitung der franquistischen Vergangenheit südlich der Pyrenäen handelt. Das erklärt auch, warum ich den peripheren

Regionen in meiner Geschichte Spaniens sehr viel größere Bedeutung beimesse als andere Autor/innen.

Nachdem die meisten Europäer/innen Spanien jahrzehntelang nur als Reiseziel konsumiert und sich kaum mit den gesellschaftlichen Konflikten im Land beschäftigt haben, ist es an der Zeit, diese andere Seite der spanischen Wirklichkeit zur Kenntnis zu nehmen. Auch deshalb, weil die Entwicklungen in Katalonien und der Korruptionsskandal um die PP unter Beweis stellen, dass die Krise in Spanien noch lange nicht ausgestanden ist.

Einleitung aus: Raul Zelik: **Spanien – Eine politische Geschichte der Gegenwart**
ISBN 978-3-86505-744-0 © 2018 Bertz + Fischer Verlag / www.bertz-fischer.de